

/// Platz da: Drei Konzepte zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

FLÄCHENDRUCK IN BAYERN AUSWEGLOS? – MITNICHTEN!

SILKE FRANKE /// Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung lädt regelmäßig zu einem Runden Tisch „Flächendruck“ ein. Neben dem Informationsaustausch geht es um die Analyse der bestehenden Instrumente und die Suche nach neuen Wegen, dem Flächendruck zu begegnen. Drei aktuelle Beispiele könnten den Weg weisen: die räumliche Entwicklungsstrategie des Landkreises Fürstentum Pfalz, die Innenentwicklungslotsen des Landkreises Donau-Ries und das Gewerbeflächenmanagement in der Fränkischen Schweiz.

Fläche als begrenzte Ressource

„Fläche ist eine begrenzte Ressource. Um ihre Nutzung konkurrieren unter anderem Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr, Rohstoffabbau und Energieerzeugung. Die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke soll bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha pro Tag begrenzt werden.“ So lautet das Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Was umgangssprachlich als Flächenverbrauch bezeichnet wird, heißt korrekt eigentlich Flächeninanspruchnahme durch Nutzungswechsel. Es handelt sich also um die Umwandlung insbesondere von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen (SuV). Diese umfassen auch unbebaute und nicht versiegelte Böden wie Gärten, Grünanlagen,

Sportplätze oder Friedhöfe. Flächenverbrauch ist daher nicht unbedingt mit Versiegelung gleichzusetzen.

Bayern hat als erstes Bundesland anhand von Satellitenbildern detailliert untersuchen lassen, wie hoch der Anteil der versiegelten Fläche in den bayerischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen tatsächlich ist.¹ Demnach waren die Siedlungs- und Verkehrsflächen im Freistaat im Jahr 2000

Flächenverbrauch bedeutet auch
Flächeninanspruchnahme durch
NUTZUNGSWECHSEL.



Aus Alt mach wieder Neu! Auch mit Sanierung kann man Platz gewinnen oder erhalten, z. B. dringend benötigten Wohnraum.

zu rund 47 % und 2015 mit gut 4.200 qkm zu rund 51 % versiegelt. Gegenüber dem Jahr 2000 hat sie durchschnittlich um 44,7 qkm pro Jahr zugenommen, was mehr als der halben Fläche des Chiemsees entspricht.

Ursachen und Folgen

Die Gründe für den Flächenverbrauch liegen im Wirtschaftswachstum, der konjunkturell bedingten regen Bautätigkeit, dem Bevölkerungswachstum und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Es gibt in Bayern einen ungedeckten Bedarf an Wohnungen und Nachfrage nach Gewerbegebieten. Und es gilt das Ziel der „gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Landesteilen“, das nicht nur den Ballungsräumen, sondern auch anderen Regionen eine Entwicklung zu-

gesteht. Allerdings ist auch zu beobachten, dass sich die Dimensionen geändert haben. Man denke da nur an die gestiegenen Ansprüche bei den Wohnungsgrößen, den Flächenbedarf von Logistikhallen oder die aktuellen Standards bei Neubauvorhaben in der Verkehrsinfrastruktur, ob Landwirtschaftsweg oder Bundesstraße.

Nicht zu vernachlässigen sind auch die Wechselwirkungen von Entwicklungen. Neue Wohngebiete erzeugen wiederum Flächenbedarfe für die Verkehrsanbindung. Entlang von Verkehrsachsen entstehen bevorzugt neue Gewerbegebiete. Ein weiterer Faktor liegt in der oft wachstumsorientierten Angebotsplanung von Gemeinden, die Flächen ausweisen, um Familien und Gewerbe anzulocken. Zum Teil kommt es bei den

Entwicklungen zu einem sogenannten „Donut-Effekt“: Während im Außenbereich auf der grünen Wiese Neubaugebiete entstehen, fehlt es an Investitionen im Ortskern, was sichtbar wird an leerstehenden Wohnungen und Geschäften oder an Gebäuden mit Sanierungs- und Modernisierungsbedarf.

Wirtschaftswachstum und gestiegene Ansprüche erzeugen zunehmend FLÄCHENNACHFRAGE.

Weitere Folgen sind

- Bodenversiegelung und Landschaftszerschneidung und damit Beeinträchtigung der so genannten „Ökosystemleistungen“ wie z. B. Klimaregulierung, Grundwasserneubildung, Hochwasserschutz und Biodiversität;
- allgemeine Umweltbelastungen wie Lärm und Luftverschmutzung sowie Verlust an naturnahen Flächen und damit Beeinträchtigung der Umfeldqualität bzw. Lebensqualität der Bewohner sowie
- Verlust an Flächen für die Landwirtschaft und damit auch für die Nahrungsmittelproduktion.

Hilfsmittel

Was können Kommunen tun? Ehe neue Flächen ausgewiesen werden, sollte geprüft werden, ob hier überhaupt ein entsprechender Bedarf vorliegt und ob dieser nicht zunächst im Innenbereich gedeckt werden kann, etwa durch Baulü-

cken, Brachflächen, Konversionsflächen oder Leerstände. Es gilt das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Für Kommunen werden dabei folgende Hilfsmittel bereitgestellt:

- Folgekostenschätzer (Bayerisches Landesamt für Umwelt LfU): Welche Folgekosten wären mit der Ausweisung eines neuen Baugebiets verbunden, z. B. für die Vorhaltung weiterer Infrastrukturen und Grünflächen?²
- Flächenmanagement-Datenbank (LfU): Mithilfe der Datenbank lassen sich Flächen, die potenziell neu bebaut werden können, erfassen und verwalten. Dazu gehören Baulücken und Brachflächen, aber auch Leerstände und Althofstellen.³
- Vitalitäts-Check (Landwirtschaftsministerium): Der Vitalitäts-Check ist ein datenbankgestütztes Analyseinstrument zur Innenentwicklung für Dörfer und Gemeinden, mit dem die bauliche, funktionale und soziale Situation erfasst wird.⁴
- Projektbeispiele für Innenentwicklung.⁵
- Auch über die interkommunale Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden können Flächen effektiver genutzt werden. Als Pionier- und Modellprojekt gilt hier z. B. die Integrierte Ländliche Entwicklung „Oberes Werntal“.⁶

Für die INNENENTWICKLUNG stehen den Kommunen Hilfsmittel zur Verfügung.

Strikte Begrenzung des „Flächenfraßes“?

Das Bayerische Landesentwicklungsprogramm (LEP) greift das Thema explizit in Kapitel 3 auf, etwa durch die „Grundsätze zum Flächensparen“ (3.1.), dem Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ (3.2.) und den Ausführungen zur „Vermeidung von Zersiedlung“ (3.3.).⁷ Auch wenn der Flächenverbrauch in Bayern unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt, sind manchen die Formulierungen im LEP noch zu weich, wodurch aktuell eine rege Diskussion um schärfere Begrenzungsinstrumente entfacht wurde. Ein Vorschlag sieht vor, in das Bayerische Landesplanungsgesetz eine Regelung aufzunehmen, die den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf höchstens 4,7 ha/Tag fest schreibt. Ergänzend soll ein Handelssystem mit Flächenausweisungsrechten eingeführt werden. Für die Gemeinden wäre dies allerdings ein radikaler Eingriff in ihre Planungshoheit, einen sehr wichtigen Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts (Art. 28 GG, 11 Bay. Verfg.) und würde sich auf bereits bestehende Planungen auswirken. Außerdem ist zu bedenken, dass nicht nur Kommunen Flächen benötigen. Auch für überregional bedeutsame Infrastrukturen wie z. B. ICE-Trassen werden dauerhaft Flächen „verbraucht“, was das Kontingent mindert.⁸ Zu berücksichtigen ist auch, dass die Verknappung der Fläche zu Preissteigerungen und damit zu höheren Wohnkosten führen würde.

Der Bayerische Gemeindetag hat daher eine eigene Position erarbeitet. So ließen sich durch einige wenige Ergänzungen und Änderungen im Baurecht seiner Meinung nach mehr Praxisnähe und Durchschlagskraft v. a. für die In-

nenentwicklung erzielen.⁹ Wie sollen zwischen freiwilligen Maßnahmen und Anreizen auf der einen und strengen Vorgaben und Obergrenzen auf der anderen Seite die richtigen Weichen gestellt werden? Der Umweltausschuss des Bayerischen Landtags hat jüngst Experten zu einer Anhörung eingeladen, um sich über mögliche Instrumente zum Flächensparen zu informieren. Vom Flächenbilanzcheck und Flächenfonds über interkommunale Zusammenarbeit und Flächenmanager bis hin zu einer Versiegelungsabgabe und einer Reform der Gemeindefinanzen – die Ideen waren zahlreich, genauso wie die Pro- und Contra-Argumente. Das Thema bleibt aktuell.

Es gibt zahlreiche Ideen und ANSÄTZE zum Flächensparen.

Erfreulicherweise gibt es in einigen Landkreisen bereits Initiativen, die zeigen, wie sich Akteure einstweilen mit dem Problem des Flächendrucks und dem Ziel, mit dem Flächenverbrauch sparsam umzugehen, auseinandersetzen. Drei ausgewählte Beispiele werden nachfolgend vorgestellt.

Beispiel 1: Landkreis Fürstentumbruck: Räumliche Entwicklungsstrategie

Anlass und Vorgehen

Die positive wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität der Landeshauptstadt München stellt die ganze Region



Quelle: 03 Architekten, München im Auftrag des Landratsamtes Fürstentfeldbruck.

Die Einbindung von Bürgern wie hier im Landkreis Fürstentfeldbruck ist ein Pluspunkt.

vor Herausforderungen. Wie sollen die umliegenden Kommunen mit dem wachsenden Siedlungs- und Erholungsdruck und dem ständig steigenden Verkehrsaufkommen umgehen? Wie können sie gleichzeitig Kulturlandschaften schützen und die Belange der Landwirtschaft berücksichtigen?

Im Landkreis Fürstentfeldbruck haben sich 16 Gemeinden und Städte zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Strategie für die weitere räumliche Entwicklung zu erarbeiten (Räumliche Entwicklungsstrategie, RES).¹⁰ Dabei wurden sie von externen Planungsbüros unterstützt. Als Pilotprojekt des Programms „Förderung von modellhaften Planungen und Untersuchungen“ erhielten sie Zuschüsse von der Obersten Baubehörde.

Im Zeitraum von Oktober 2015 bis Februar 2017 haben die Gruppen „Politik und Verwaltung“ und „Öffentlichkeit“ in mehreren Workshop-Runden

Grundlagen und alternative Zukunftsvorstellungen erörtert und schließlich eine Strategie und Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet, die diese sieben Themenstellungen betrafen:

- Landkreis innerhalb der Region positionieren;
- Landschaftsräume sichern und gebietstypisch weiterentwickeln;
- Naherholung aktivieren und aufwerten;
- Mobilität ortsverträglich gestalten;
- Vielfalt an Wohnformen schaffen;
- Landkreis als Wirtschaftsstandort fördern sowie
- Ortsbilder mit ihren Besonderheiten stärken.

„Von der Landschaft her denken“

„Dies war ein durchaus langwieriger Prozess mit kontroversen Diskussionen, nicht nur mit den Planern, sondern auch mit den Bürgern“, berichtet Michael

Schanderl, 1. Bürgermeister der Gemeinde Emmering. Ein Prozess, der interessante Ansätze hervorgebracht hat. Neu dabei ist das „Denken von der Landschaft her“. Statt lediglich zu überlegen, wo es überall Flächen für eine weitere Siedlungsausdehnung gibt, hat man zunächst Tabuzonen definiert, darunter die ohnehin geschützten Landschaftsbestandteile, aber auch identitätsstiftende Landschaftsbilder und die für Naturschutz und Naherholung wichtigen Grünnetzungen. Nur die verbleibenden Bereiche wurden als Optionsflächen dargestellt und für die zukünftige Siedlungsentwicklung herangezogen. Aus den dargestellten Potenzialflächen kann jede Gemeinde entsprechend dem Bedarf eine Auswahl treffen und Flächen entwickeln. In den vorausgegangenen 10 Jahren hatten die Orte im Schnitt ein jährliches Wachstum von 1 % verzeichnet, ca. 2.000 Einwohner pro Jahr. Diese Größenordnung wird auch weiterhin als verträglich angesehen. Somit haben sich die Beteiligten selbst einen qualitativen und quantitativen Rahmen für die weitere Entwicklung gesetzt.

Verbindlichkeit

Wie verbindlich ist diese Rahmensetzung? Im Abschlussbericht steht vorsichtig formuliert: „Die Räumliche Entwicklungsstrategie dient als informeller

Handlungsleitfaden, der die politische Entscheidungsfindung im Bereich der Siedlungsentwicklung, der Freiraumentwicklung, der Entwicklung von Arbeitsplätzen und der Mobilität unterstützen kann. Die RES könnte auch zur Grundlage einer verbindlicheren interkommunalen Vereinbarung werden, wenn man sich darauf verständigt.“

Fakt ist: Der Landkreis ist mit einem stark urbanisierten östlichen Teil und einem noch sehr ländlich und landwirtschaftlich geprägten westlichen Teil unterschiedlich strukturiert und entsprechend unterschiedlich sind auch die Motive der einzelnen Gemeinden. Eine gewisse Verbindlichkeit ergibt sich schlichtweg aus der Tatsache, dass das Strategiepapier „auf dem Tisch“ ist und daran zahlreiche Menschen mitgewirkt haben. Da die RES in Eigeninitiative erarbeitet wurde, ergibt sich daraus auch eine größere Selbstverpflichtung.

Für Bürgermeister Schanderl hat das übergemeindliche Vorgehen weitere Vorteile: „Ein gemeinsam abgestimmtes Konzept bietet den Gemeinderäten eine klare Orientierung und ermöglicht ihnen, sich nach außen klug zu positionieren. Der gemeinsame Weg ist auch kostengünstiger als jeweils eigene Konzepte und Prozesse im Alleingang anzugehen. Der Wissenstransfer und die Einbindung von weiteren Akteuren und Bürgern zählen ebenfalls zu den Pluspunkten.“

Beispiel 2: Landkreis Donau-Ries: Innenentwicklungs-Lotsen

Ein Schlüssel für das Flächensparen ist der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“. Das bedeutet: Ehe neue Bauvorhaben auf der „grünen Wiese“ umgesetzt werden, gilt es zu prüfen, welche Potenziale im Innerortsbereich genutzt

Unter AUSSCHLUSS von Tabuzonen wird ein Potenzialflächenplan entwickelt.

Ein GEMEINSAMES Konzept gibt klare Orientierung und Profilierung.

werden könnten, etwa Brachflächen oder Leerstände. Genau dies unterstützt der Landkreis Donau-Ries mit verschiedenen Serviceleistungen, die über das Konversionsmanagement angeboten und durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat gefördert werden.

Konversionsmanagerin Barbara Wunder erklärt: „2014 haben sich 6 Gemeinden an dem Pilotprojekt beteiligt, inzwischen sind es 27. Dies zeigt, dass das Projekt ankommt und viele Bürgermeister für dieses Thema sensibilisiert sind.“ Für den Erfolg spielt das offensive Vorgehen des Landkreises eine große Rolle. Über die Initiierung hinaus ist das laufende, begleitende Projektmanagement eine große Entlastung für die Gemeinden. So erhalten sie immer wieder neue Ideen, fachliche Impulse für die Innenentwicklung und Leitfäden für weitere Schritte im kommunalen Flächenmanagement. Den Gemeinden und Bauherren stehen Infomappen und Werbematerial sowie eine Checkliste und eine detaillierte Arbeitshilfe zur Verfügung.¹¹

Darüber hinaus erhalten die zuständigen Mitarbeiter der Gemeinden Schulungen, meist Mitarbeiter von Verwaltung und Bauamt oder die Amtsleiter und Bürgermeister selbst. Dabei geht es nicht nur um den Umgang mit den Flächen-Datenbanken. Ein weiteres inter-

essantes Projekt ist die Schulung als „Innenentwicklungslotsen“, die folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Beratung von Eigentümern sowie Interessenten und Bauwilligen;
- Begleitung bei der Umsetzung ihrer Projekte (Infos über Beratungs- und Genehmigungsabläufe, Kontakt zu wichtigen Anlaufstellen und Ansprechpartnern wie Landratsamt, Architekten, Handwerkern) und
- Sensibilisierung unterschiedlicher Zielgruppen zur Innenentwicklung.

Projektmanagement und Schulungen zu INNENENTWICKLUNGSLOTSEN unterstützen die Gemeinden.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist die begleitende Öffentlichkeitsarbeit, die ebenfalls das Konversionsmanagement übernimmt. Der überwiegende Teil der Baulücken und Leerstände liegt in Gebieten, in denen es bereits Bebauungspläne gibt. Planungs- und baurechtliche Schritte sind also nicht erforderlich, um das Potenzial dieser Flächen zu heben. Allerdings befinden sie sich in der Regel im Privateigentum. „Die gezielte Ansprache der Eigentümer und eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit parallel dazu sind die wichtigsten Bausteine einer aktiven Innenentwicklungsstrategie“, so Wunder, die dabei auf positive Erfahrungen verweisen kann: „Im Zeitraum 2015/2016 haben vier Modellgemeinden eine systemati-

sche Eigentümerbefragung bei Baulücken durchgeführt. Die Rücklaufquote lag bei Werten zwischen 54 % und 65 % – das sind sehr gute Werte.“

Als weiterer ganz konkreter Erfolg konnten in drei Gemeinden über 40 Leerstände und Brachflächen ermittelt werden, von denen inzwischen 35 verkauft wurden. Wunder freut sich über den Erfolg: „Damit haben wir ein großes Baugebiet im Landkreis Donau-Ries eingespart.“

Beispiel 3: Fränkische Schweiz: Gewerbeflächenmanagement

Im „Wirtschaftsband A 9 Fränkische Schweiz“ kooperieren seit 2006 insgesamt 18 Gemeinden aus zwei Landkreisen im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE), die vom Amt für Ländliche Entwicklung fachlich und finanziell unterstützt wird. Die Bundesautobahn A 9 führt fast mittig durch das Gebiet und war neben dem Naturraum „Fränkische Schweiz“ Namensgeber für den interkommunalen Zusammenschluss.¹²

Problem: „Bestens erschlossene Wiesen“

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen wegen der Nähe zur Autobahn ist vorhanden. Doch Angebot und Nachfrage passen oft nicht zusammen, wie Umset-

zungsmanager Michael Breitenfelder berichtet. So waren in manchen Gemeinden die attraktiven Flächen bereits erschöpft, während andere Gemeinden an eher problematischen Standorten Flächen ausgewiesen hatten. Breitenfelder sieht dies kritisch: „Die Gefahr ist, dass das dann bestens erschlossene Wiesen sind – aber ohne Konzepte und Rendite.“ Neben den steigenden Kosten der Gewerbeflächenentwicklung ist auch der ungebremste Flächenverbrauch kritisch zu sehen.

So entstand die Idee, ein gemeinsames Gewerbeflächenmanagement zu betreiben. Umsetzungsmanager Michael Breitenfelder führt weiter aus: „Die meisten interkommunalen Gewerbegebiete werden allerdings an der gemeinsamen Gemeindegrenze realisiert, d. h. als Neuerschließung auf der grünen Wiese. Wir wollten einen neuen Weg gehen und ein Modellprojekt starten.“ Dabei erhielten sie Zuschüsse von der Obersten Baubehörde.

Idee: Ein gemeinsamer Flächen-Pool

Die sich beteiligenden Gemeinden bringen ihre Gewerbeflächen und Ausgleichsflächen in einen virtuellen Flächen-Pool ein, der gemeinsam vermarktet wird. Dafür erhalten sie Pool-Anteile. Zunächst galt es, von 2009 bis 2011 die Idee mithilfe externer Experten konzeptionell auszuarbeiten. Zusätzlich wurde ein Beirat ins Leben gerufen, der das Projekt fachlich begleitete, darunter z.B. Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Regierung von Oberfranken, der beiden Landratsämter und Wissenschaftler.

So vorbereitet, wurde schließlich das Gewerbeflächenpotenzial analysiert und anhand einer Matrix bewertet. Die

In der Fränkischen Schweiz gibt es ein **MODELLPROJEKT** zum gemeinsamen Gewerbeflächenmanagement.

Matrix berücksichtigte z. B. die Anbindung an Infrastruktur oder die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Bewertung erfolgte durch eine Bewertungskommission, u. a. Vertreter der Regierung von Oberfranken, der Unteren und Höheren Naturschutzbehörde und der Sparkassen. An dem Gewerbeflächenpool beteiligten sich von den 18 Mitgliedsgemeinden des Wirtschaftsbandes A9 schließlich fünf Städte und Gemeinden. Als Rechtsform wurde das Kommunalunternehmen AÖR gewählt, das 2011 gegründet wurde.

Die beteiligten Gemeinden bringen ihre Flächen in einen gemeinsamen POOL ein.

Funktionsweise des Pools

Die Kommunen bringen ihre Gewerbeflächen in einen gemeinsamen Pool ein. Dabei handelt es sich um den Bestand, nicht um Neuausweisungen. Aus der Wertigkeit der Flächen ergibt sich der Anteil jeder Kommune am Pool. Die Poolflächen werden über eine Agentur vermarktet. Dabei bleibt jede Gemeinde „Herr“ ihrer Flächen, es gibt also kein „Preisdiktat“. Über das interkommunale Kompensationsmanagement können den Investoren die notwendigen Ausgleichsflächen gleich mit angeboten werden. Die eingenommene Gewerbesteuer wird entsprechend der Poolanteile auf die Gemeinden aufgeteilt. Diese Aufteilung wird in einer separaten Zweckvereinbarung geregelt. Die Finan-

zierung der Vermarktungsaktivitäten erfolgt über Anteile aus den Flächenverkäufen und einen Vermarktungskostenbeitrag

Die „Pool-Anteile“ sind Grundlage für die Verteilung möglicher Verkaufserlöse und weiterer Einnahmen an die Mitgliedsgemeinden und zwar unabhängig von der konkreten Standortwahl potenzieller Investoren im ILE-Gebiet. Kleine Gemeinden, teilweise ohne eigene gewerbliche Entwicklungsmöglichkeiten, profitieren so von der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesamtregion. Darüber hinaus wird eine Reduzierung des Flächenverbrauchs durch die Vermeidung überdimensionierter Gewerbegebietsausweisungen erreicht.¹³

Diese drei Konzepte zeigen jeweils eigene, kreative und überzeugende Wege, dem Flächendruck zu begegnen. Gemeinsam ist ihnen das interkommunale Vorgehen. Es erleichtert die Erfassung der notwendigen Daten und Basisinformationen sowie den Zugang zu Fördergeldern und Hilfsmitteln. Darüber hinaus ist es ein Verdienst all jener, die sich auf solche Formen der Zusammenarbeit einlassen. Denn sie versuchen mit Weitblick Entwicklungen aufeinander abzustimmen und sich dabei selbst Ziele wie auch Grenzen zu setzen. Da keine Gemeinde dabei auf sich alleine gestellt ist, stärkt das ihre Position, wenn es z. B. darum geht, mit Pri-

Die INTERKOMMUNALE Vorgehensweise stärkt die Position aller Beteiligten.

vateigentümern oder Wirtschaftsvertretern zu verhandeln. Diese Beispiele könnten wegweisend für weitere Initiativen und interkommunale Zusammenarbeit sein. ///



/// SILKE FRANKE, DIPL. GEOGR.

ist Referentin für Umwelt, Energie, Städte, Ländlicher Raum der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

- ¹ Informationen, wie groß der Flächenverbrauch ist, finden sich hier: Flächenverbrauchsbericht <http://www.stmuv.bayern.de/themen/boden/flaechen-sparen/verbrauchsbericht.htm> (Bayerisches Umweltministerium); Ökoflächenkataster [https://www.lfu.bayern.de/natur/\(oefka_oeko/index.htm](https://www.lfu.bayern.de/natur/(oefka_oeko/index.htm) LfU – Bayerisches Landesamt für Umwelt); Erhebung der Bodenversiegelung <https://www.lfu.bayern.de/umweltkommunal/flaechenmanagement/versiegelung/index.htm> (LfU)
- ² <https://www.lfu.bayern.de/umweltkommunal/flaechenmanagement/folgekostenschaetzer/index.htm>
- ³ <https://www.lfu.bayern.de/umweltkommunal/flaechenmanagement/fmdb/index.htm>
- ⁴ <http://www.stmelf.bayern.de/landentwicklung/dokumentationen/143028/index.php>
- ⁵ Infoportal Ländlicher Raum und Landentwicklung: <https://www.infoportal-land.de/projekte/>; Projekte der Städtebauförderung: <http://www.stmi.bayern.de/buw/staedtebaufoerderung/projekte/index.php>
- ⁶ <http://www.stmelf.bayern.de/landentwicklung/beispiele/066168/index.php>
- ⁷ <https://www.landesentwicklung.bayern.de/instrumente/landesentwicklungsprogramm/landesentwicklungsprogramm-bayern-lep/>
- ⁸ So die Argumentation des Gemeindetags. Im Planspiel Flächenhandel, einem F+E Vorhaben im Auftrag des Umweltbundesamtes, kann man testen, wie viele Zertifikate für die Ausweisung von Flächen im Außenbereich eine einzelne Gemeinde entsprechend dem deutschen Nachhaltigkeitsziel von 30 ha/ Tag bekommen würde, <http://www.flaechenhandel.de/>
- ⁹ Minderung der Flächeninanspruchnahme, 14.2.2018, <https://www.bay-gemeindetag.de/Presse/PositionspapierzumFlaechenverbrauch.aspx>
- ¹⁰ PPT-Folien siehe https://www.metropolregion-muenchen.eu/fileadmin/user_upload/2014_Webseite_neu/07_Verein_Projekte/Projekte/Metropolkonferenz/Metropolkonferenz_2017_Dr._Schanderl.pdf; weitere Informationen bei <http://www.lra-ffb.de/lra/bau/klimaschutz/strukturhome.shtml>; Schlussbericht siehe http://www.lra-ffb.de/pdf/Klimaschutz/SuPa/170208_ffb_abschlussbericht.pdf
- ¹¹ Download bei www.donauries.bayern/wohnen
- ¹² In der ILE wurden auch weitere Projekte angegangen, etwa die Wirtschafts- und Juniorakademie (Unterstützungsangebote für Schüler beim Übergang ins Berufsleben), der Ausbau des Radwege- und Kernwegenetzes, Erstellung eines Energiekonzeptes oder das Kompensationsflächenmanagement; weitere Informationen: <http://wirtschaftsbanda9.de/>
- ¹³ Thümmler, Manfred / Winkler, Lothar: Integrierte Ländliche Entwicklung in der Praxis – am Beispiel der ILE Wirtschaftsband A9 – Fränkische Schweiz, in: DVW-Mitteilungen 2011/3; Folien zum Gewerbeflächenpool A9 siehe http://www.bole.bgu.tum.de/fileadmin/w00brh/www/PDFs/Allgemein/BOT_2014/BOT14_06_Maier.pdf